

Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EuroCOP)



Gewerkschaft der Polizei • LB Sachsen e. V. • Sachsenallee 16 • 01723 Kesselsdorf

Sächsische Staatskanzlei
Ministerpräsident Herr Stanislaw Tillich
Archivstraße 1
01097 Dresden

Landesbezirk Sachsen
Landesvorstand

Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf

Telefon 035204 68711
Telefax 035204 68750
gdp@gdp-sachsen.de

07.08.2014
Hu-Dr

Bundesregierung prüft einen Rückzug aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Tillich,

über den Nachrichtendienst Reuters ist am 05.08.2014 die Information verbreitet worden, dass der Bund den Stopp der Zahlungen für die Bereitschaftspolizeien (Bepo) der Länder prüfen soll. Die Bildzeitung und weitere Medien griffen diese Meldung auf.

Weiter schreibt Reuters, dass dieser Punkt auf der Agenda der am 13. August 2014 in Berlin geplanten Staatssekretärsrunde stehen soll. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums teilte Reuters mit, dass allerdings noch keine Entscheidung gefallen sei, so ist aus der Meldung zu entnehmen.

1. Die zwischen Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsabkommen gewährleisten eine einheitliche Organisation und Gliederung sowie eine kompatible Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder. Der Bund stattet die Bereitschaftspolizeien der Länder mit Führungs- und Einsatzmitteln aus. Die Länder müssen innerhalb ihrer Polizei organisatorisch selbstständige Einheiten der Bereitschaftspolizei vorhalten. Die Größenordnung liegt aktuell bei ca. 15.900 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB).
2. Die Bereitschaftspolizei Sachsen hat derzeit als SOLL-Stärke ca. 1.250 PVB in den Hundertschaften inklusive Technische Einsatzeinheiten.

Bankverbindung: DKB Bank
Konto: 122 865 9
BLZ: 120 300 00

IBAN: DE15 1203 0000 0001 2286 59
SWIFT BIC: BYLADEM1001

3. Derzeit unterstützen ca. 390 Kolleginnen und Kollegen der Bepo dauerhaft den Polizeilichen Einzeldienst.
4. Nach unseren Informationen bestehen schon jetzt Finanzierungsdefizite seitens des Bundes gegenüber den Ländern bezüglich der Ausstattung der Bepo.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Punkte will ich konkret die Positionen der Gewerkschaft der Polizei darstellen:

Die Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder sind unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland sowie auch in Sachsen. Die Gründe für den unverständlicherweise immer weiter durchgeführten Personalabbau und von weiteren finanziellen Einschnitten in den Polizeihäushalten sind die Föderalismusreform II sowie die Schuldenbremse. Der Spruch "Durch die Schuldenbremse wird die Polizei ausgebremst!", trifft leider immer mehr zu.

Dieses Vorhaben verstößt auch gegen den Bundes-Koalitionsvertrag 2014.

Dort heißt es unter Ziff. 5.1 u. a.:

„... Wir wollen die Bundespolizei als kompetente und effektive Strafverfolgungsbehörde stärken, **gut qualifizierte und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten** und die Einsatzmittel der Bundespolizei modernisieren...“

Die Sicherheitslage verträgt keine Verteilungskämpfe zwischen dem Bund und den Ländern sowie kein Konkurrenzverhalten der Länder untereinander, wer die besten Einsparideen hat. Die Unterfinanzierung der Inneren Sicherheit und damit der Polizei muss endlich beendet werden.

Wir benötigen eine gut qualifizierte und hervorragend ausgestattete Bereitschaftspolizei, die mit modernen Einsatzmitteln versehen ist. Hinzu kommt, dass die in den geschlossenen Einheiten eingesetzten Kolleginnen und Kollegen die besten Körperschutzausstattungen sowie qualitativ und in der Anzahl ausreichende Einsatzbekleidung erhalten müssen.

Ich möchte Sie bitten, Ihren Einfluss als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen geltend zu machen und keine weiteren Einsparungen zu akzeptieren.

Für Gespräche stehe ich gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hagen Husgen
Landesvorsitzender